

Stellungnahme zur Motion 97

Kennzahlen zur Ausgabenentwicklung systematisch ausweisen

Mirjam Fries und Senad Sakic-Fanger namens der Mitte-Fraktion vom 11. Juli 2025
Antrag des Stadtrates: Erheblicherklärung, StB 462 vom 10. Juni 2026

Mediensperrfrist: 21. August 2026, 11.00 Uhr

Ausgangslage

Mit der Motion wird der Stadtrat aufgefordert, im Geschäftsbericht sowie im Aufgaben- und Finanzplan künftig folgende Kennzahlen systematisch und in nachvollziehbarer Form auszuweisen:

- Entwicklung des Ausgabenwachstums (absolut und relativ)
- Entwicklung des Bevölkerungswachstums (absolut und relativ)
- Entwicklung des BIP-Wachstums (relativ, mit Vermerk ob kantonale oder nationale Werte verwendet werden)

Zusätzlich soll aus der Darstellung ersichtlich sein, wie sich die Pro-Kopf-Ausgaben über die letzten fünf Jahre entwickelt haben – idealerweise in einer tabellarischen oder grafischen Übersicht.

Erwägungen

Die Forderung nach mehr Transparenz bei der Entwicklung der städtischen Ausgaben ist nachvollziehbar. Kennzahlen sind eine zentrale Grundlage für eine vorausschauende und verantwortungsvolle Haushaltsführung. Eine systematische Darstellung von Ausgabenkennzahlen ist sachlich sinnvoll. Angesichts der aktuellen Ausgabenentwicklung, der strukturellen Herausforderungen sowie der Klumpenrisiken beim Steuerertrag der juristischen Personen ist eine verstärkte Kontrolle und öffentliche Diskussion über das Ausgabenwachstum angezeigt.

Die Motion fordert kein starres Ausgabenlimit, sondern Transparenz. Diese Transparenz stärkt die finanzpolitische Disziplin, ohne die Handlungsfähigkeit der Stadt Luzern einzuschränken. Frühzeitige Warnsignale helfen, strukturelle Probleme zu erkennen, bevor es zu Defiziten kommt.

Mit einer stetigen Publikation der relevanten Kennzahlen im Geschäftsbericht sowie im Aufgaben- und Finanzplan wird die demokratische Kontrolle gestärkt.

Es ist sinnvoll, die Umsetzung präzise einzugrenzen: Die Darstellung soll einfach und verständlich bleiben und keinen grossen Zusatzaufwand verursachen. Die relevanten Daten sind bereits verfügbar, sodass kein unverhältnismässiger administrativer Aufwand entsteht.

Begriffsdefinitionen und Exkurs zur Staatsquote

Die Entwicklung der staatlichen Ausgaben kann auf unterschiedliche Art und Weise gemessen und beurteilt werden. Eine der wichtigsten Kennzahlen ist die Staatsquote. In der Bundesrechnung, den kantonalen und den kommunalen Rechnungen werden die absoluten Ausgaben in Franken – gegliedert nach Funktionen, Institutionen und Kostenarten – ausgewiesen. Ausgaben pro Einwohnerin oder Einwohner sind nützlich für Vergleiche zwischen Kommunen oder Kantonen, die sich stark in der Bevölkerungsgrösse unterscheiden.

- Die **Staatsquote** (auch Staatsausgabenquote, Ausgabenquote) ist eine volkswirtschaftliche Kennzahl, die das Verhältnis der Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt wiedergibt.
- Die **Staatsausgaben** setzen sich dabei aus dem Konsum des Staats, seinen Investitionen, den Zinsausgaben und den Ausgaben für Sozialtransfers und Subventionen während einer Rechnungsperiode zusammen.¹
- Das **Bruttoinlandsprodukt** (kurz BIP) gibt den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen an, die während einer Rechnungsperiode innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft als Endprodukte nach Abzug aller Vorleistungen erwirtschaftet wurden (inländische Wertschöpfung). Das nominelle BIP gibt die Summe der inländischen Wertschöpfung in aktuellen Marktpreisen an.²

Die Staatsausgaben beinhalten sämtliche Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der Sozialwerke (u. a. AHV/IV, ALV, EO usw.). Das BIP stellt die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung dar. Jedoch sind aus Sicht der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht alle Staatsausgaben wertschöpfungsrelevant. So dient ein grosser Teil der Staatsausgaben, die sogenannten Transferausgaben, dazu, die in verschiedenen volkswirtschaftlichen Sektoren entstandene Wertschöpfung umzuverteilen. Da es sich um eine Umschichtung zwischen verschiedenen Sektoren handelt, werden Transferausgaben im BIP nicht erfasst. Damit könnte die Staatsquote theoretisch über 100 Prozent steigen. Das macht die Staatsquote schwer interpretierbar und verleitet zu Fehlschlüssen.³

Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es kein optimales Niveau der Staatsquote. In welchem Ausmass öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit oder Infrastruktur vom Staat bereitgestellt werden sollen und wie stark er umverteilen soll, ist letztlich eine politische Frage.

Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse stellen die Relevanz der Staatsquote infrage, weil die Staatsquote das Wachstum moderner Staaten nur ungenügend und verzerrt wiedergebe. Die meisten entwickelten Demokratien haben sich in den letzten Jahren von umverteilenden zu regulierenden Staaten gewandelt, das heisst, sie greifen zusehends in Wirtschaft und Gesellschaft ein, ohne dadurch zwangsläufig die Staatsausgaben zu erhöhen. Wenn eine Regierung beispielsweise eine Mietpreisbremse einführt, dann hat diese zwar eine umverteilende Wirkung zu den Mieterinnen und Mietern; die Kosten hierfür werden aber nicht vom Staat, sondern von den Vermietenden getragen und erhöhen deswegen auch nicht die Staatsquote – von den administrativen Kosten für die Um- und Durchsetzung der Mietpreisbremse einmal abgesehen.⁴

Die Schweiz hat derzeit eine Staatsquote von 31,6 Prozent (Jahr 2022) und liegt gemäss Statistik des Internationalen Währungsfonds (IWF) leicht über dem Medianwert von 29,1 Prozent aller 193 berücksichtigten Länder.⁵ Gemäss Schätzungen kann die Staatsquote wie folgt auf die Staatsebenen aufgeteilt werden: Bund zirka 10–11 Prozent des BIP, Kantone zirka 13–14 Prozent, Gemeinden zirka 6–8 Prozent und Sozialversicherungen etwa 3–4 Prozent.

Obwohl die Staatsquote wie oben ausgeführt für die Beurteilung des staatlichen Einflusses möglicherweise zu kurz greift, ist sie dennoch ein wichtiger und vor allem einfach zu berechnender Indikator, um die Entwicklung der Staatsausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung darzustellen. Der Vergleich ist insbesondere ein nützlicher Indikator zur Beurteilung der finanzpolitischen Nachhaltigkeit. Wichtig ist vor allem, dass längerfristig ein Gleichgewicht besteht und die Ausgabenentwicklung tragfähig finanziert werden kann.

¹ Vgl. [Staatsquote – Wikipedia](#)

² Vgl. [Bruttoinlandsprodukt – Wikipedia](#)

³ Vgl. [staatsquote-anders-betrachtet-d.pdf](#)

⁴ Vgl. [Staatsquote war gestern – Die Volkswirtschaft](#)

⁵ Vgl. [Liste der Länder nach Staatsquote – Wikipedia](#)

Konkrete Umsetzung

Die Darstellung der Ausgabenentwicklung gemäss der Forderung der Motion soll auf der Basis des betrieblichen Aufwandes der städtischen Erfolgsrechnung erfolgen, wobei die internen Verrechnungen ausgeklammert werden, da diese erfolgsneutral sind. Die Ausklammerung der internen Verrechnungen ist sachlich richtig, verhindert eine Aufblähung der Kennzahlen und erhöht die Vergleichbarkeit und Stetigkeit, weil eine Veränderung bei den internen Verrechnungen zu Verfälschungen führen würde.

Alternativ könnte auch die Darstellung der Ausgaben gemäss Definition der Staatsquote in Betracht gezogen werden. Bei dieser Darstellung würden die Geldflüsse aufgezeigt. Anstelle der Abschreibungen würden die Nettoinvestitionen einbezogen. Aus Gründen der Praktikabilität und der Nachvollziehbarkeit der ausgewiesenen Zahlen wird jedoch auf diese Variante verzichtet.

Der betriebliche Aufwand wird mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP nom.) verglichen. Das nominale Bruttoinlandsprodukt setzt sich aus dem realen Bruttoinlandsprodukt plus Teuerung zusammen. Es wird das BIP pro Kopf verwendet. Das Bundesamt für Statistik berechnet zwar das kantonale BIP, diese Daten liegen jedoch nur mit mehreren Jahren Verzögerung⁶ vor. Angaben zum BIP der Stadt Luzern existieren nicht. Die Aufwandquote vergleicht somit den betrieblichen Aufwand der Stadt Luzern mit dem zeitnah verfügbaren BIP Schweiz entsprechend dem Bevölkerungsanteil.⁷ Die Daten werden absolut und pro Kopf ausgewiesen. Für die Prognose wird auf die Bevölkerungsszenarien von LUSTAT abgestützt.

Entwicklung der Kennzahlen

Entwicklung Bevölkerung der Schweiz und der Stadt Luzern (SLU)

Jahr	Bevölkerung CH	Veränderung zum VJ	Bevölkerung SLU	Veränderung zum VJ	Bevölkerungsanteil SLU
2019	8'606'033		82'257		0.956%
2020	8'670'300	0.7%	82'620	0.4%	0.953%
2021	8'738'791	0.8%	82'922	0.4%	0.949%
2022	8'815'385	0.9%	83'840	1.1%	0.951%
2023	8'962'258	1.7%	85'534	2.0%	0.954%
2024	8'960'817	0.0%	86'216	0.8%	0.962%
2025 P	9'036'689	0.8%	87'384	1.4%	0.967%
2026 P	9'110'251	0.8%	88'554	1.3%	0.972%
2027 P	9'183'137	0.8%	89'634	1.2%	0.976%
2028 P	9'255'056	0.8%	90'675	1.2%	0.980%
2029 P	9'325'771	0.8%	91'883	1.3%	0.985%

P = Prognose

Datenquellen:

[Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2025-2055 - Bevölkerung und Bewegungen nach Szenario-Variante, Staatsangehörigkeit \(Kategorie\), Geschlecht und Altersklasse. PxWeb](#)

[LUSTAT Statistik Luzern](#), Bevölkerungsszenario zur ständigen Wohnbevölkerung 2024–2055, aktualisiert 14.11.2025

Die Wohnbevölkerung der Stadt Luzern ist von 2019 bis 2024 gleich stark gewachsen wie die gesamtschweizerische Bevölkerung. Für die Periode bis 2029 wird ein leicht überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum erwartet.

⁶ Das BIP pro Kanton für das Jahr 2023 wird aufgrund einer methodischen Revision im Oktober 2026 publiziert.

⁷ Anteiliges BIP Stadt Luzern = Anteil Stadt Luzern am BIP nom. der Schweiz gemäss Bevölkerung.

Entwicklung BIP nominal

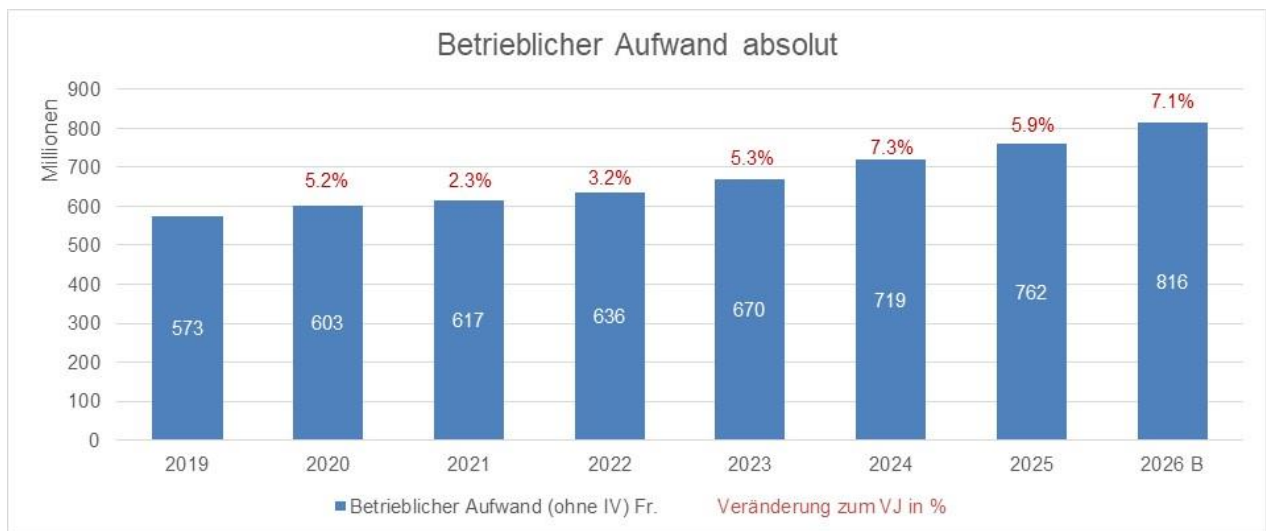
Jahr	BIP nom. CH	Veränderung zum VJ	BIP pro Kopf	Veränderung zum Vorjahr	BIP pro Kopf Kanton Luzern	BIP nom. "SLU"
	Mio. Fr.	in %	Fr.	in %	Fr.	Mio. Fr.
2019	717'339		83'353		68'514	6'856
2020	696'063	-3.0%	80'281	-3.7%	67'347	6'633
2021	744'527	7.0%	85'198	6.1%	71'667	7'065
2022	791'100	6.3%	89'741	5.3%	75'142	7'524
2023	803'966	1.6%	89'706	0.0%		7'673
2024	825'616	2.7%	91'239	1.7%		7'888
2025 P	838'000	1.5%	91'984	0.8%		8'042
2026 P	852'246	1.7%	92'806	0.9%		8'196
2027 P	874'404	2.6%	94'479	1.8%		8'431
2028 P	897'139	2.6%	96'200	1.8%		8'700
2029 P	920'464	2.6%	97'973	1.8%		8'982

Das nominale BIP ist von 2019 bis 2024 um rund 15,1 Prozent gewachsen. Das nominale BIP pro Kopf weist in dieser Zeitspanne ein kumuliertes Wachstum von 9,5 Prozent auf.

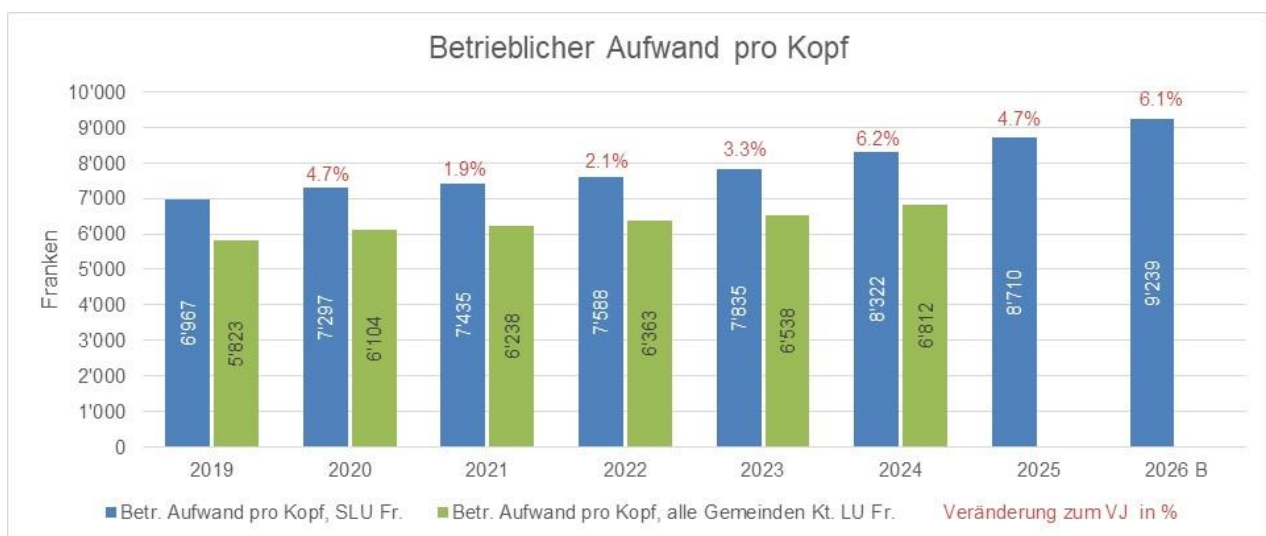
Die BIP-Prognosen für die Jahre 2025 bis 2030 stützen auf die Angaben im AFP 2026–2029 des Bundes ab.

Entwicklung des betrieblichen Aufwandes (ohne interne Verrechnungen IV) der Stadt Luzern

Jahr	Betrieblicher Aufwand (ohne IV)	Veränderung zum VJ	Betr. Aufwand pro Kopf, SLU	Veränderung zum VJ	Aufwandquote	Betr. Aufwand pro Kopf, alle Gemeinden Kt. LU
	Fr.	in %	Fr.	in %	in % vom BIP	Fr.
2019	573'063'000		6'967		8.4%	5'823
2020	602'838'000	5.2%	7'297	4.7%	9.1%	6'104
2021	616'522'000	2.3%	7'435	1.9%	8.7%	6'238
2022	636'159'000	3.2%	7'588	2.1%	8.5%	6'363
2023	670'184'000	5.3%	7'835	3.3%	8.7%	6'538
2024	719'423'000	7.3%	8'322	6.2%	9.1%	6'812
2025	761'556'346	5.9%	8'710	4.7%	9.5%	
2026 B	815'964'600	7.1%	9'239	6.1%	10.0%	
2027 P	Aktualisierung erfolgt mit AFP 2027-2030					
2028 P						
2029 P						
2030 P						

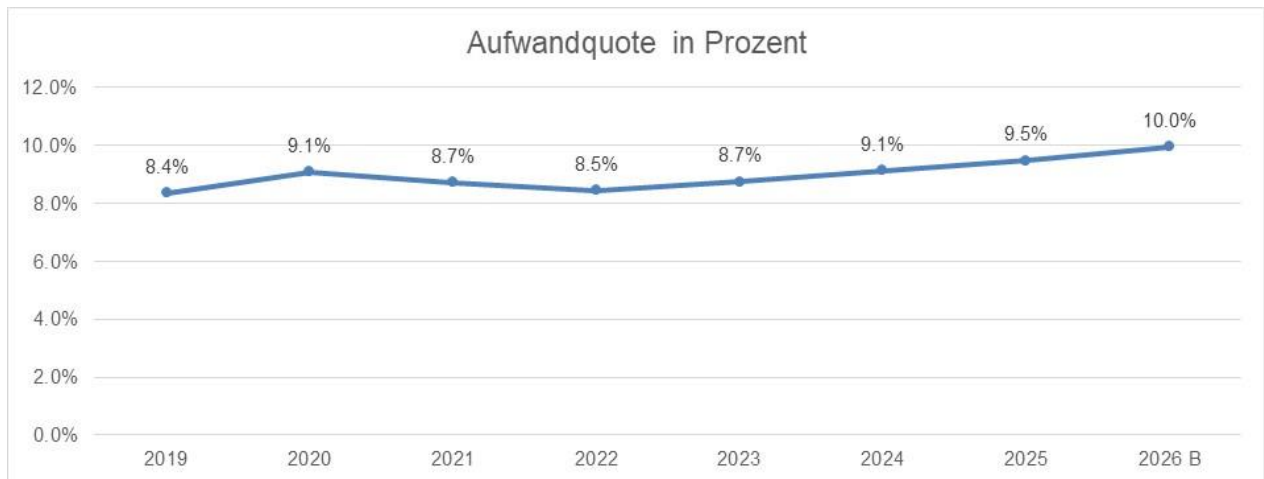


Der betriebliche Aufwand steigt von 573,1 Mio. Franken (2019) auf 761,6 Mio. Franken (2025) bzw. um kumuliert 32,9 Prozent an. Im Budget 2026 steigt der betriebliche Aufwand auf 816 Mio. Franken an.



Der betriebliche Aufwand pro Kopf ist von Fr. 6'967.– (2019) auf Fr. 8'710.– (2025) bzw. um 25 Prozent oder 4,2 Prozent pro Jahr angestiegen. Im Budget 2026 steigen die Pro-Kopf-Ausgaben auf Fr. 9'239.– bzw. um 6,1 Prozent. Über die ganze Zeitspanne von 2019 bis 2026 nimmt der betriebliche Aufwand pro Kopf um 32,6 Prozent oder im Durchschnitt um 4,6 Prozent pro Jahr zu.

Der betriebliche Aufwand pro Kopf aller Gemeinden des Kantons Luzern (grüne Säulen) liegt um rund 18 Prozent (2024) tiefer als derjenige der Stadt Luzern. In den Jahren 2019 bis 2024 nahm der betriebliche Aufwand aller Gemeinden des Kantons Luzern um 17 Prozent bzw. 3,4 Prozent pro Jahr zu.



Die Aufwandquote (betrieblicher Aufwand Stadt Luzern im Vergleich zum BIP) hat sich seit 2019 von 8,4 Prozent kontinuierlich auf 9,5 Prozent im Jahr 2025 erhöht. Im Budget 2026 steigt die Quote auf 10 Prozent.

Einordnung

Die ausgewiesenen Kennzahlen dienen der transparenten Darstellung langfristiger Entwicklungen der städtischen Finanzen und ihres Umfelds. Sie ermöglichen Vergleiche zwischen Ausgabenentwicklung, Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlicher Entwicklung und schaffen eine zusätzliche Grundlage für die finanzpolitische Beurteilung.

Die Kennzahlen sind jedoch nicht isoliert zu interpretieren. Veränderungen der Ausgaben können durch politische Entscheide, gesetzliche Vorgaben, Investitionen, demografische oder gesellschaftliche Entwicklungen, Aufgabenverschiebungen oder ausserordentliche Ereignisse beeinflusst sein. Ebenso wenig erlaubt ein Vergleich mit Bevölkerungs- oder BIP-Wachstum direkte Aussagen über Effizienz, Qualität oder Angemessenheit staatlicher Leistungen. Auch können gewisse Kennzahlen kleinerer Gemeinden nicht direkt mit denjenigen in Städten mit Zentrumsfunktion verglichen werden (Zentrums-lasten).

Zu erwartende Folgekosten bei einer Erheblicherklärung der Motion

Die Erheblicherklärung der Motion ist mit keinen nennenswerten Folgekosten verbunden. Diese Arbeiten können mit den bestehenden Ressourcen bei der Finanzverwaltung bewältigt werden. Dafür müssen keine anderen Arbeiten zurückgestellt werden.

Fazit

Der Stadtrat beantragt die Erheblicherklärung der Motion. Die Kennzahlen zu Bevölkerung, Bruttoinlandsprodukt und zum betrieblichen Aufwand der Stadt Luzern werden im Geschäftsbericht und im Aufgaben- und Finanzplan publiziert.